

## **Rede zum 27. Januar 2024**

*Von Dr. Irmtrud Wojak*

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung zur heutigen Gedenkveranstaltung in der Bochumer Synagoge.

Es sind heute 79 Jahre und ein Tag, dass das Vernichtungslager Auschwitz von den Soldaten der Roten Armee befreit wurde und unsere Gedenkveranstaltung findet in diesem Jahr in einer bedrückenden Gegenwart statt. Historisch gesehen ist es keine lange Zeit, sondern nur die Spanne eines durchschnittlichen Lebensalters, die seit der Befreiung vom Nazi-Regime vergangen ist. Nach der gescheiterten Entnazifizierung und in Anbetracht der personellen Kontinuitäten aus der NS-Zeit in allen gesellschaftlichen Bereichen kann kaum jemand geglaubt haben, dass der Nazismus in Deutschland für immer besiegt wurde. Und doch stehen wir vor einer Situation, von der manche behaupten, sie hätten sich diese bis vor kurzem nicht vorstellen können oder könnten dies noch immer nicht.

In einem Satz gesagt: wachsender Antisemitismus und Rassismus, wachsender Nationalismus und Rechtsextremismus, zunehmender religiöser Fanatismus und zunehmende Demokratiefeindlichkeit, und all dies auch noch parteipolitisch organisiert. Was besonders erschreckend und abstoßend ist: Nach dem 7. Oktober 2023, dem brutalen Angriff der Hamas auf Israel mit über 1.200 Ermordeten und 239 Geiseln, die entführt wurden, erlebten wir einen so rasanten Anstieg an Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit in Deutschland, wie wir ihn bis dahin so nicht kannten. Und dazu gehören auch Unwissen und Gleichgültigkeit, fehlendes historisches Wissen und mangelnde Sensibilität angesichts des furchtbarsten und bittersten Tages in der 75jährigen Geschichte des Staates Israel.

Anhand der Presse lassen sich die Eskalationsstufen nachverfolgen, die von der Rias (der Recherche- und Informationsstelle Report-Antisemitism.de) dokumentiert werden, wo die entsprechenden Vorfälle gemeldet wurden. Der Bundesverband Rias e.V. wurde 2018 gegründet, um mit Hilfe des Meldeportals „eine einheitliche zivilgesellschaftliche Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle zu gewährleisten“. Allein, dass ein solche Meldestelle gegründet wurde, spricht leider schon Bände

über die Situation, vor der wir bereits 2018 standen und die sich jetzt weiter verschärft hat.

Anhand der Informationen der RIAS kann man in komprimierter Form die dynamische Entwicklung nachlesen, die sich seit dem 7. Oktober verstärkt tagtäglich in den Medien nachverfolgen lässt. Zum 9. November 2023 (dem Tag, an dem wir der Opfer des Pogroms vom 9. November 1938 gedenken) brachte die Meldestelle die Lage in einem Monitoring-Bericht mit einem prägnanten Satz auf den Punkt: „Seit dem 07. Oktober 2023 ist nichts mehr, wie es war.“

Allein in dem Zeitraum vom 7. Oktober bis 11. November 2023 wurden insgesamt 994 antisemitische Vorfälle erfasst, das sind 29 pro Tag. Am 25. Januar meldete die *Tagesschau* unter Berufung auf Zahlen des Bundeskriminalamtes, seit dem Massaker hat es 2.249 antisemitisch motivierte Straftaten gegeben, fast genausviele wie im ganzen letzten Jahr. (\*) Zum Vergleich weist die Meldestelle darauf hin, dass es 2022 im Jahresdurchschnitt 7 Vorfälle pro Tag gab, das heißt die Zahl liegt im Berichtszeitraum um 320% höher als im Jahresdurchschnitt 2022. In 63% der Vorfälle war der politische Hintergrund unbekannt, 21% der Vorfälle werden dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet, 6% entfallen auf den islamisch/islamistischen Hintergrund, 5% wurden als links/antiimperialistisch klassifiziert und nur jeweils knapp 2% entfallen laut Monitoringbericht auf den rechtsextremen und verschwörungsideologischen Hintergrund.

Besonders hervorgehoben wird der große Anteil an Vorfällen des Post-Shoa-Antisemitismus. Dieser wirkt sich vor allem in Deutschland aus, indem eine Täter-Opfer-Umkehr betrieben wird, die Israel die Schuld an dem Terrorangriff der Hamas geben will. Da in Wirklichkeit die Terrororganisation Hamas Israel das Existenzrecht abspricht und gleichzeitig der Angriff der Hamas auf Israel die Gewissheit zerstört hat, dass das Land ein sicherer Ort für seine jüdischen Bürgerinnen und Bürger ist, steigert diese Umkehr von Angreifer und Angegriffenen umso mehr die Verunsicherung und Ängste der Menschen und dies nicht allein in Israel.

In einer „Aktuellen Stunde“ auf Verlangen der Fraktionen der Regierungsparteien hat die Bundesregierung seitens des Bundesinnenministeriums auf die „Verherrlichung von Terror“ nach dem 7. Oktober 2023 geantwortet, dass es in Deutschland „null Toleranz für antisemitische und israelfeindliche Hetze gibt“. Sie hat, wie dies der Monitoring-Bericht von RIAS e.V. zum Ausdruck bringt, ebenfalls erklärt, dass sich antisemitische Einstellungen leider in allen Teilen unserer Gesellschaft finden. Im Unterschied zum Monitoring-Bericht heißt es in dort allerdings, dass auch im Jahr 2022 der Großteil der Straftaten dem rechten politischen Spektrum zugeordnet werden musste: Immerhin „2185 von 2641. Die Zahlen sprechen für sich.“ (\*\*)

Hier ist nicht der Ort, auf die Aussprache im Bundestag am 18. Oktober 2023, zehn Tage nach dem Angriff der Hamas, im Detail einzugehen. Viele Fragen kommen auf, wenn man das Protokoll liest, auch Unkenntnis über die Geschichte wird deutlich

wird. So war die Gründung des Staates Israel beispielsweise keine Konsequenz der Shoa, wie es dort heißt. In Palästina fanden allerdings in der Zeit des Nazi-Regimes und der rassistischen Vernichtungspolitik rund eine halbe Million verfolgte Jüdinnen und Juden einen Zufluchtsort und ihre Kinder wuchsen in Israel auf. Als Zuflucht ist Israel auch ursprünglich erdacht worden. Theodor Herzl schrieb sein Buch *Der Judenstaat* unter dem Eindruck der antisemitischen Dreyfuss-Affäre in Frankreich, ein Programm für einen jüdischen Staat, im Hintergrund die Pogrome in Russland und in Polen. Was Herzl damals forderte, war eine „jüdische Heimstatt“, wo Jüdinnen und Juden endlich in Sicherheit vor Verfolgung würden leben können. Auch deshalb ist der Angriff der Hamas so erschütternd, denn die Regierung Netanyahus hat dieses Versprechen des Zionismus nicht gehalten.

Und hier bei uns in NRW? In Nordrhein-Westfalen stellte die Antisemitismusbeauftragte Sabine Leutheusser Schnarrenberger im Mai 2023 den Jahresbericht für 2022 vor. Demnach wurden 332 antisemitische Straftaten erfasst, von denen ebenfalls ein überwiegender Teil – vergleichbar dem Bundesdurchschnitt – nämlich 287 Fälle dem rechten politischen Spektrum zuzuordnen sind. Der Bericht verzeichnete insgesamt zwar einen Rücklauf der Straftaten, einen Grund zur Entwarnung sah die Antisemitismusbeauftragte aber darin nicht. Vielmehr wies sie eindrücklich auf ein zunehmendes Ausmaß an Hass und Gewalt hin und dass die Emotionalität, mit der einzelne Debatten geführt werden – beispielsweise über die *documenta* oder auch über die Gewaltanwendung in den palästinensischen Gebieten – „die Unterscheidung zwischen berechtigter Kritik an der Regierung Israels und israelbezogenem Antisemitismus aus dem Blick geraten (lässt)“. (\*\*\*)

Aktuell ist dieser Beobachtung hinzufügen, dass aufgrund der gesteigerten Emotionalität seit dem 7. Oktober notwendige Diskussionen und Informationsveranstaltungen manchmal gar nicht stattfanden und aus Angst vor einer Eskalation abgesagt wurden (oder auch noch werden). Ein Armutszeugnis für eine Debattenkultur und offene Gesellschaft, das dringend geändert werden sollte. Am Bochumer Fritz Bauer Forum haben wir deshalb die Veranstaltungsreihe „*We need, need, need to talk*“ begonnen, um das Gespräch über den Nahost-Konflikt zu ermöglichen und unterschiedlichen Sichtweisen Raum für offenen Austausch und Begegnung zu geben.

Lassen Sie mich damit zum Schluss kommen. Die Formen des seit dem 7. Oktober eskalierenden Antisemitismus sind bekannt: Drohbriefe, Brandanschläge auf religiöse Einrichtungen, Molotow-Cocktails auf Kitas und Grundschulen, Davidsterne als Kennzeichen an privaten Hauseingängen, Einschüchterungsversuche und die versuchte Relativierung des Holocaust gehört dazu. Wir müssen zudem davon ausgehen, dass es eine beachtliche Dunkelziffer an antisemitischen Taten gibt, wobei ein Brennpunkt offenbar in Berlin ist. All das ist beschämend für diejenigen, die so handeln, und ich kann nur sagen, wir dürfen uns davon weder einschüchtern noch mundtot machen lassen.

Vielmehr muss Solidarität geübt werden und die Geschichte Israels und der Holocaust dürfen nicht als politische Waffe benutzt und zu bloßen Propagandazwecken instrumentalisiert werden. Wir alle wissen, dass dies seit dem Aufkommen der Partei, die sich mit ihren rechtsextremen Positionen als Alternative für Deutschland bezeichnet und die damit an eine Vergangenheit anknüpft, die nicht vergehen will, immer häufiger geschieht. Ihre Anhänger und Anhängerinnen scheuen nicht davor zurück, auch den Angriff der Hamas auf Israel für ihre Zwecke zu benutzen, nachdem sie bereits 2015/16 die Migrationspolitik für sich entdeckt haben. Sie planen wie die Nazis unter Hinweis auf einen angeblich in erster Linie eingewanderten Antisemitismus einen großen Bevölkerungsaustausch, verbreiten Verschwörungstheorien von einer globalisierten Elite unter jüdischem Einfluss und zuletzt hat die Rechercheplattform „Correctiv“ aufgedeckt, dass hochrangige AfD-Politiker, Neonazis und finanzstarke Unternehmer im November vergangenen Jahres einen regelrechten Deportationsplan zur Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland entwickelten. Auch zwei CDU-Mitglieder waren dabei. (\*\*\*\*)

Letztlich ist die Zielsetzung der von „Correctiv“ bekannt gemachten Pläne nicht neu. Die geballte Information über den als „Remigration“ verkleideten Deportationsplan, der durch künstlich erzeugten Anpassungsdruck und über „maßgeschneiderte Gesetze“ als „ein Jahrzehnteprojekt“ realisiert werden sollte, hat viele Menschen aufgeschreckt. Insbesondere diejenigen, die davon betroffen sind und eine familiäre Migrationsgeschichte haben, immerhin rund 20 Millionen Menschen in Deutschland, die um ihre Zukunft beziehungsweise die von Angehörigen Angst haben und sich nicht mehr sicher fühlen. Aber eben auch Zehntausende, die jetzt gegen diese rassistische Ideologie auf die Straße gehen und sich den Irrsinn nicht länger bieten lassen wollen.

Das macht Mut, denn auch in Bochum waren es am 19. Januar weit über 13.000 Bürgerinnen und Bürger, die auf die Straße gingen. Die Veranstalter gehen von rund 15.000 Teilnehmenden an der Demonstration aus, zu der ein breites Bündnis gegen Antisemitismus, Rassismus und völkische Deportationspläne aufrief, die ausgerechnet in Potsdam, nicht weit entfernt vom Ort der furchtbaren Wannseekonferenz, besprochen wurden.

Die Demonstrationen sind nur ein Anfang, darüber sind sich wohl alle politisch Interessierten und Aktiven im Klaren. Nachdem die Mitglieder und Verantwortlichen der etablierten Parteien ihre Parolen jahrelang am rechten Rand geschärft haben und diese damit öffentlich verbreitet haben, wird es noch lange dauern und viel an demokratischer Basisarbeit und Mitwirkung brauchen, um den Aufstieg der Nazis und ihrer Helfershelfer einzudämmen. Die Medien und Politik spielen dabei eine entscheidende Rolle. Beispielsweise wenn die *FAZ* die Recherchen ihren Journalisten-Kollegen relativiert und am Tag vor dem Holocaustgedenktag schreibt: „Wie der ‚Correctiv‘-Bericht der AfD hilft ... Die Partei wächst und wächst“. Oder wenn in Sachsen ein Politiker der rechtsextremen AfD die Gedenkrede zum 27. Januar hält. Die Brandmauer ist da längst eingerissen.

Ausrotten lässt sich die braune Ideologie wohl nie, das wissen wir in Deutschland aus der Erfahrung – oder sollten wir wissen. Mit ihrem Ruf „Nie wieder!“ haben die Überlebenden dies deutlich gemacht, der Kampf gegen die Nazi-Ideologie muss immer weitergehen. Das ist auch einer der Gründe, warum wir uns hüten sollten, pharisäerhaft über den Krieg in Gaza zu urteilen. Die Erfahrung ist ähnlich, wie dies Hannah Arendt hinsichtlich des Zivilisationsbruchs durch den Holocaust zum Ausdruck brachte: „Dies hätte nie geschehen dürfen.“ Wenn etwas nicht zu verzeihen und nicht wiedergutzumachen, wenn etwas nicht zu bewältigen ist, kann nichts mehr so sein, wie es vorher war. Und doch müssen wir damit leben.

Was vielleicht Hoffnung geben kann, hat der Historiker und Holocaust-Überlebende Saul Friedländer in einem Interview in der *ZEIT* (18.01.2024) gesagt. Er denke jetzt an das Jahr 1945, sagte Friedländer, und dass „es ein Weiterleben nach der totalen Zerstörung gab, nach Holocaust und Krieg“. Das ist für ihn und kann für die Menschen in Israel, aber auch hier bei uns ein Quell der Hoffnung sein. Ein Ansporn, den Kampf für die Demokratie und gegen Nationalismus und dessen hässliche Kehrseite, den Antisemitismus, nie aufzugeben.

### **Anmerkungen**

(\*) <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/antisemitismus-straftaten-102.html>

(\*\*) <chrome-extension://efaidnbnmnnibpcajpcglclefindmkaj/https://dserver.bundestag.de/btp/20/20130.pdf#P.16251>

(\*\*\*) <https://www.land.nrw/pressemitteilung/antisemitismusbeauftragte-zahlen-bieten-keinen-grund-zur-entwarnung>

(\*\*\*\*) <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

© **Dr. Irmtrud Wojak**. Eine Vervielfältigung als Kopie, sei es auf Papier, im Netz oder auf digitalen Datenträgern, ist nur mit Zustimmung der Verfasserin erlaubt.